

Vorlage zur Kenntnisnahme

für die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung am 23.05.2019

1. Gegenstand der Vorlage: Abschlussinformation zum Ersuchen der BVV, Ds-Nr. 0929/VIII aus der 28. BVV vom 13.12.2019

Demokratische Mitbestimmung stärken, Mitglieder des Integrationsausschusses bei der Erarbeitung der Untersetzung des Integrationsfonds des Masterplans für Integration einbeziehen

2. Die BVV wird um Kenntnisnahme gebeten:

Dem Ersuchen der Bezirksverordnetenversammlung wurde und wird gefolgt.

Nach § 32 BezVG (Bezirksverwaltungsgesetz) i.V.m. § 18 Abs 1. GO BVV (Geschäftsordnung der Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf) ist der Ausschuss für Integration zuständig für Angelegenheiten, die nicht nur unerhebliche Auswirkungen auf die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund i.S.d. § 2 PartIntG (Partizipations- und Integrationsgesetzes) haben. Demgemäß kann sich der Ausschuss für Integration mit allen Themenstellungen befassen, die i.w.S. Integrationsfragen berühren.

Das Bezirksamt bindet den Ausschuss für Integration bei der Erarbeitung der Untersetzung des "Integrationsfonds" im Rahmen des "Gesamtkonzepts zur Integration und Partizipation Geflüchteter" (vormals "Masterplan Integration und Sicherheit") nach Maßgabe der o.g. rechtlichen Bestimmungen ein. Dies erfolgt insbesondere durch umfangreiche und regelmäßige schriftliche bzw. mündliche Berichterstattungen gegenüber dem Ausschuss seitens der Bezirksbürgermeisterin und des Integrationsbeauftragten zum Umsetzungsstand der laufenden sowie Ausführungen zum Vorbereitungsstand der geplanten Maßnahmen und Projekte des "Integrationsfonds". Im Zuge dessen hat der Ausschuss die Möglichkeit, eigene Ideen und Vorstellungen zu äußern, die ggf. in den Erarbeitungsprozess mit einfließen. Dieses bewährte Verfahren soll auch in Zukunft beibehalten werden.

Dagmar Pohle
Bezirksbürgermeisterin